

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Puttsche und wilde Streiks verstoßen gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze.

Ein Kollege sendet uns, gestützt auf persönliche Erfahrungen, folgende Ausführungen gegen Puttsche und wilde Streiks:

„Totengräber an der Zukunft der deutschen Arbeiter, so wurden mit vollem Recht noch am 21. Juli in einem Aufruf des sozialdemokratischen Berliner „Vorwärts“ die Unabhängigen und Kommunisten in Deutschland genannt. Diese haben, wie Ministerpräsident Pauer kürzlich noch in der Nationalversammlung treffend erklärte, schon seit Monaten nur eine Revolution der mißglückten Experimente gemacht. Damit sind hauptsächlich die vielen von dieser Seite inszenierten wilden Streiks und Puttsche der letzten Monate gemeint. Die offizielle Parteileitung der Unabhängigen hat allerdings in einem Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands erklärt: „Der Wahnglaube, durch Puttsche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan.“

Was ist nun aber von einer solchen Erklärung zu halten? Angefichts der fortwährenden Wühlereien der sogenannten Unabhängigen im ganzen Lande und vor allem angefichts der Eisenbahnputtsche, von denen immer mehr feststeht, daß sie von politischen Hezern geschürt werden, muß man zu der Auffassung kommen, daß die sozialdemokratische unabhängige Parteileitung sich mit ihrer Erklärung nur hat sichern wollen für den Fall, daß dennoch Puttsche kommen. Mit dieser Erklärung ist der Deffentlichkeit lediglich nur Sand in die Augen gestreut worden.

Wer Gelegenheit hat, die örtlichen Führer der Unabhängigen und der Kommunisten bei ihrer „Arbeit“ zu „studieren“, und besonders zu beobachten, wie beispielsweise mancherorts von den Agitatoren des Allgemeinen deutschen Arbeiterverbandes gehegt und geschürt wird, der muß sich sagen, daß von diesen Leuten direkt das Gegenteil von dem getan wird, was ihre Parteileitung öffentlich erklärt. Fast in der gesamten deutschen Textilindustrie sind endlich nach Ueberwindung ungemein großer Schwierigkeiten und Hindernisse, die dem allergrößten Teile der Arbeiterschaft noch nicht bekannt geworden sind, tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen worden. Damit ist der Arbeiterschaft in unserer deutschen Textilindustrie, die in dieser Hinsicht viel zu lange von seiten der Industriellen stiefmütterlich behandelt wurde, zu einem materiellen und ideellen Gewinn verholfen worden, der in seiner vollen Tragweite und Bedeutung erst nach Einfuhr normaler Verhältnisse voll und ganz gewürdigt werden kann. Diese Abkommen der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden in der Textilindustrie sehen unter andern für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten Schlichtungsausschüsse vor. Allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen erwächst hieraus die Verpflichtung, unter keinen Umständen

vor Ausrufung und Entscheidung dieses Schlichtungsausschusses

die Arbeit niederzulegen. Das ist in der letzten Zeit in einer ganzen Reihe von Fällen bedauerlicherweise zum größten Schaden der Arbeiter geschehen. Unüberlegte und radikale Draufgänger, zumeist gewissenlose Agitatoren des Allgemeinen deutschen Arbeiterverbandes (sogenannte „unabhängige“ Sozialdemokraten) haben in diesen Fällen eine Anzahl Arbeiter, zum Teil sogar Verheiratete, arbeits- und damit brotlos gemacht. In den allermeisten Fällen wurde das agitatorische Interesse einzelner „unabhängiger“ über das Interesse der Gesamtarbeiterschaft gestellt. Man ließ es zum Äußersten kommen, ohne den geringsten Versuch mit den sich schon hunderte Male voll und ganz bewährten friedlichen Verhandlungsmöglichkeiten gemacht zu haben. In einzelnen Fällen haben sogar Arbeiterausschüsse, die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiterverbandes sind, es hintertrieben, daß beteiligte Mitglieder der alten gewerkschaftlichen Zentralverbände sich vor der Arbeitsniederlegung

an ihre Gewerkschaftsvertreter um entsprechende Vermittlung wenden konnten. Darum bleibt nur die einzige Annahme bestehen, daß die Unabhängigen durch diese Puttsche Agitation für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverband betreiben wollten. Was kümmert es solche gewissenlose Elemente, ob hernach eine Anzahl Arbeiter ohne Arbeit und Brot dastehen? Wenn nur ihr syndikalistisches Verbändchen wieder einige Duzend Mitläufer mehr erhält.

Auch die geldliche Unterstützung aller Puttschisten und wild Streikenden ist weiter nichts wie eine Agitationsmacher. Auch sie ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Führer der Unabhängigen mit der oben wiedergegebenen Erklärung, „daß der Wahnglaube, durch Puttsche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ein für allemal abgetan sei,“ eine Irreführung des Volkes bezweckten. Im andern Falle müßten sie insbesondere jegliche finanzielle Unterstützung von Puttschisten unter allen Umständen ablehnen. Statt dessen nehmen sie aber alle Teilnehmer an wilden Streiks schützend unter ihre Fittiche. Besonders der Allgemeine deutsche Arbeiterverband, dieses jüngste Kind der November-Revolution sucht mit seinen Unterstützungen an alle Puttschisten, die alten gewerkschaftlichen Zentralverbände, die sich im Interesse der Arbeiter an gewerkschaftliche Grundsätze und Regeln halten, zu übertrumpfen. Grundsatz-, regel-, wahl- und planlos werden von ihm alle Teilnehmer an wilden Streiks unterstützt. Gleichviel ob und wie lange jemand Mitglied einer Gewerkschaft ist und ob es sich um einen ordnungsmäßigen oder einen wilden Streik handelt, wo unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt wurde. Jedermann, der sich bereit erklärt, mit den allgemeinen deutschen Arbeiterverbänden gemeinsame Sache zu machen, wird unterstützt. So werden zuweilen wilde Streiks von politischen Dunkelmännern, die dabei ihre eigenen parteipolitischen Ziele verfolgen, inszeniert und geschürt, ohne im geringsten Rücksicht zu nehmen auf die wirklichen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter.

Erfreulicherweise wollen noch sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen von diesen „Volksbeglückern“, denen selbst die ganz links stehende unabhängige Sozialdemokratie noch nicht radikal genug austritt, und die lieber heute als morgen offen mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen möchten, nichts wissen. Das Gros unserer Arbeiterschaft besitzt noch genug gesunden Menschenverstand, um sich von solchen politischen Drahtziehern im wahren Sinne des Wortes nicht mißbrauchen zu lassen. Manche rücken ja auch wohl aus Reinlichkeitsrücksichten von jenen Leuten, die mit russischen Revolutionsgelbern politische Geschäfte machen möchten, mit vollem Rechte weit ab.

Die wilden Streiks der letzten Zeit sind wahrhaftig kein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist nun einmal gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze, Streiks zu beginnen, ehe hinsichtlich der erhobenen Forderungen alle friedlichen Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Vor allem müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen in unserer Textilindustrie in ihrem ureigensten Interesse vor unüberlegten Arbeitsniederlegungen, besonders in der gegenwärtigen Zeit,

recht eindringlich gewarnt

werden. Nach dem für uns verlorenen Kriege hat keine Industrie des ganzen Landes einen so schweren Stand, wie die deutsche Textilindustrie. Schon seit längerem wird der deutsche Markt mit ausländischen Textilfabrikaten stark überschwemmt. Jetzt, nach Aufhebung der Blockade durch die Alliierten, wird das noch in ganz erhöhtem Maße eintreten. Jedermann kann sich durch persönliche Inaugenscheinnahme der Auslagen und Warenvorräte in den Kaufhäusern für Textilzeugnisse davon überzeugen. Die besonders für die Arbeiterschaft nachteiligen Folgen dieser Kreise sind wesentliche Produktionsbeschränkungen, bestehend in Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterentlassungen. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterschaft bei der Durchführung ihrer Forderungen, auch wenn diese noch so berechtigt sind, auf die Konkurrenz-

fähigkeit der Industrie Rücksicht zu nehmen hat. Sie kann und darf niemals, um ihrer selbst willen nicht, den Ast abfügen, auf dem sie sitzt. Das ist so selbstverständlich, daß darüber wohl weiter nichts mehr gesagt zu werden braucht.

Aber auch aus gewerkschaftstaktischen Gründen kann der Arbeiterschaft das wilde Streiken zu keiner Zeit, ganz besonders aber in der gegenwärtigen Zeit, nicht ernstlich genug abgeraten werden. Schon in normalen Zeiten vor dem Kriege war es ein erprobter gewerkschaftlicher Grundsatz, zum letzten Mittel, zur Arbeitsniederlegung erst dann zu greifen, wenn alle friedlichen Verhandlungsmöglichkeiten ohne befriedigendes Ergebnis geblieben waren. Dieser in normalen Zeiten vor dem Kriege erprobte Grundsatz muß nun, wie jeder Einsichtige auch auf den ersten Blick erkennen wird, erst recht in einer so anormalen und unberechenbaren Zeit wie der gegenwärtigen, wieder voll und ganz zur Anwendung gelangen. Bei manchen wilden Streiks der letzten Zeit, denen alle gewerkschaftlichen Grundsätze und jede Disziplin fehlten, sind die Sympathien mancher Volkskreise und Parteien für die berechtigten Forderungen der Arbeiter erheblich herabgemindert worden. Einsichtige und um das wirkliche Wohl der Arbeiterschaft bedachte Gewerkschaftler haben das frühzeitig genug offen und frei erklärt. Eine Wiedergewinnung der Sympathien anderer Volkskreise und Parteien wird in Zukunft nur dann möglich sein, wenn von seiten der Arbeiterschaft die

Grundsätze von Treu und Glauben

bei allen Bewegungen zur Durchführung berechtigter Forderungen wieder vorangestellt werden. „Verbrechen ist Verbrechen, ob es nun von der Arbeiterschaft oder von den Junkern verübt wird“ so schrieb mit vollem Recht das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften in Nr. 15 vom 21. Juli d. J. mit Bezug auf die vielen unter Kontraktbruch erfolgten Arbeitsniederlegungen der letzten Zeit. Auf alle Fälle müssen wir eingegangene Verpflichtungen auch einhalten. Eine solche ist zunächst die, bei Differenzen mit den Arbeitgebern den Schlichtungsausschuss anzurufen. Sodann müssen, ehe es zu Arbeitsniederlegungen kommt, die vereinbarten Kündigungsfristen eingehalten werden, wenn eine Kündigung berechtigt und trotz und alledem nicht zu vermeiden ist. Wenn das Wort: „Ein Mann ein Wort“ wahr bleiben soll, dann kommen wir nicht daran vorbei, auch bei Führung von Wirtschaftskämpfen den Grundsatz von Treu und Glauben obenan zu stellen.

Gegen das arbeiterschädigende Treiben jener Leute aber, die ihr Recht auf den wilden Streik geltend machen wollen, ohne die Folgen ihrer unbesonnenen Handlungsweise zu bedenken, müssen alle klarsehenden und denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen in der entschiedensten Weise Stellung nehmen. Tausende in unserer Textilindustrie beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen können es nicht verstehen, daß in einer Zeit wie der heutigen, in solch frivoler Weise mit den Existenzen von Arbeiterfamilien gespielt wird. Und die allermeisten der arbeitslosen Textilarbeiter und Arbeiterinnen sagen sich mit vollem Rechte, daß Leute, die gegenwärtig die Arbeiterschaft in wilde Streiks hineinheizen, entweder mit völliger Blindheit geschlagen sein müssen, oder aber nur egoistische Absichten in der Richtung einer Stärkung ihrer Organisation verfolgen. Unsere Mitglieder müssen darum für die Folge darauf sehen, daß gewerkschaftliche Disziplin bei allen Lohn- und Arbeitskämpfen unter allen Umständen gewahrt wird. Sollen die Gewerkschaften nicht zu bloßen Streik-Unterstützungs-Kassen degradiert werden, dann müssen die Leitungen der Gewerkschaften auch mitzubestimmen haben darüber, wann, wo und wie gestreikt wird. Es wird die höchste Zeit, daß die einsichtigeren Mitglieder der Gewerkschaften in allen Betrieben sich mehr durchsetzen und auch nicht davor zurückschrecken, gegebenenfalls radikalen Draufgängern und unverantwortlichen Hezern, das unfaubere und arbeiterschädigende Handwerk zu legen.

Die Verbandsgeneralversammlung des deutschen Textilarbeiterverbandes.

Der deutsche Textilarbeiterverband hielt vom 21. bis 26. Juli seine Verbandsgeneralversammlung in Plauen i. Sa. ab. Die Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen den einzelnen sozialdemokratischen Parteirichtungen bestehen, fanden auch ihren Niederschlag in den scharfen Auseinandersetzungen der Verbandsgeneralversammlung. Im allgemeinen hat die radikalere, unabhängige Richtung, unter Führung des 2. Verbandsvorsitzenden Jädel, die Verhandlungen des Verbandstages beherrscht. Am 1. Verhandlungstage wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes entbietet dem internationalen Proletariat am Tage der Demonstration für Menschen- und Bürgerrechte seinen Gruß. Er protestiert mit ihnen gegen den Gewaltfrieden, gegen Belagerungszustände, gegen Pressezensur, gegen alle Beschränkungen der konstitutionellen Freiheiten in allen Ländern. Der Verbandstag erhofft von der Wirkung der Internationale die baldige Befreiung der arbeitenden Menschheit aus den Fesseln des Kapitals und die soziale Organisation der Arbeit.“

U. a. sprach sich der Verbandstag entschieden gegen die freie Wirtschaft in der Textilindustrie aus. Ueber „Sozialisierung“ sprach Prof. Wallob (U. S. P.). In einer zu diesem Punkt angenommenen Entschliessung wird von den Regierungen die Durchführung und Vorbereitung der Sozialisierung der gesamten Volkswirtschaft unter Heranziehung von Mitgliedern aus den Arbeiterorganisationen (für die Textilindustrie unter Heranziehung von Mitarbeitern aus dem Deutschen Textilarbeiterverbande) gefordert. Eine weitere, vom Verbandstag im Anschluß an den Geschäftsbericht angenommene Entschliessung lehnt die Schreibung des 4. August ab und verurteilt die Schreibung des Verbandesorgans „Der Textilarbeiter“. Später wurde ein Antrag Barmen, welcher die zukünftige Haltung des Verbandesorgans bestimmt und folgenden Wortlaut hat, angenommen:

„Das Verbandesorgan hat im weitesten Maße die Sozialisierung der hierzu reifen Betriebe innerhalb der Textilindustrie zu propagieren, fortlaufend beschreibend und den Kollegen leicht verständliche Artikel über Sozialisierungsmöglichkeiten in der Textilindustrie in wirklich sozialistischem Sinne zu bringen. Ueberhaupt ist der Kampf der revolutionär-sozialistischen Denkweise der Kollegen gegen den Kapitalismus in viel entschiedener, schärferer Form zu führen, als dies bisher der Fall war.“

Die Verbandsfassungen wurden wesentlich geändert und bedeuten die grundsätzlichen Änderungen ein uneingeschränktes Bekenntnis zum marxistischen Sozialismus. Der § 1 der Satzung über den Zweck des Verbandes hat z. B. einleitend folgende Fassung erhalten:

„Der Verband steht auf dem Boden des Klassenkampfes und hat zum Zwecke die Befreiung des Systems der Lohnarbeit durch Ueberleitung der privatkapitalistisch betriebenen Produktionsweise in die durch die Gesellschaft betriebene sozialistische Produktion.“

Zu erwähnen ist noch, daß neben dem Zentralvorstand die Bildung eines Rates, der 43 Mitglieder zählt, beschlossen wurde.

Von den sonstigen Beschlüssen sind — als vom praktischen gewerkschaftlichen Standpunkt aus besonders wichtig — noch zu erwähnen, daß die Beiträge und Unterstützungen wesentlich erhöht wurden. Die Beiträge wurden dem Stundenverdienst angepaßt und betragen (ohne Sozialzuschlag) in Zukunft: 40, 60, 80, 100 und 120 Pfg. pro Woche. Dementprechend wurden die Unterstützungen wesentlich erhöht und eine Notfallunterstützung neu eingeführt.

Für uns ergibt sich aus den Beschlüssen und Verhandlungen des Verbandstages des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Notwendigkeit des Bestehens unseres christlichen Textilarbeiterverbandes. Der Verbandstag hat sich mit einer Klarheit und Offenheit die Anerkennungswürdigkeit, zum Sozialismus schärfster Richtung bekannt. Wer auf diesem Boden steht, findet beim deutschen Textilarbeiterverband seine Interessenvertretung. Wer aber auf dem Boden einer Interessenvertretung auf der Grundlage des Christentums und der christlichen Gemeinwirtschaft, unter Ausschluß aller parteipolitischen und konfessionellen Fragen steht, der gehört zu uns. Die getrennten Marschlinien sind durch den Verbandstag des deutschen Textilarbeiterverbandes klar und deutlich vorgezeichnet worden. Das schließt aber praktisches, gemeinsames Handeln und Kämpfen in gemeinsam interessierenden wichtigen Fragen nicht aus.

Allgemeine Rundschau

Zustände auf landwirtschaftlichen Domänen. (Ein Beitrag zur Arbeitsvermittlung auf dem Lande.)

In der Industrie und in den Städten Arbeitslosigkeit. Auf dem Lande vielfach Arbeitermangel. Die Arbeitsnachweise bemühen sich, Arbeitskräfte auf das Land zu vermitteln. Von manchen Seiten hört man Vorwürfe gegen die industriellen Arbeiter, daß sie keine Arbeit auf dem Lande annehmen wollen. Diese Vorwürfe mögen hin und wieder berechtigt sein, sie erübrigen aber zum Teil der Berechtigung.

Die Zustände sind oft auf dem Lande so, daß die abgehenden und vorübergehenden Haltung gegenüber der Arbeitsvermittlung auf's Land nicht unbedingt erscheinen. Den meisten Arbeitermangel auf dem Lande haben die größten Güter und landwirtschaftlichen Domänen; weniger

die kleineren und mittleren Bauern. Bei letzteren sind aber die Arbeits- und sonstigen Verhältnisse besser, während sie auf den größeren Gütern und Domänen vielfach sehr schlecht sind. Die Feststellung der Verhältnisse auf einigen Domänen in der Nähe von Detmold gelegentlich eines Arbeitsvermittlungsvorversuches von arbeitslosen Textilarbeitern ergaben Zustände, welche verdienen, besonders erwähnt zu werden. Die Schlaf- und Wohnräume waren Baracken, in denen vorher russisch-polnische Arbeiter, zum Teil auch Kriegsgefangene, untergebracht waren. Die Betten bestanden aus einem zerrissenen Strohsack als Kopfkissen, Strohumterlage und verschliffenen Decken zum Ueberdecken. Kücheneinrichtung: gemauertes Herd und vier kahle Wände. Kochgeschirre fehlen. Lohn 3.50 M. täglich, und dazu an Verpflegung: wöchentlich 25 Pfg. Kartoffeln, 6 Pfg. Brot, 1 Pfg. Mehl; ferner 1 Str. Magermilch täglich. Die anderen rationierten Lebensmittel mußten sich die Arbeiterinnen selbst kaufen. Vom Lohn sollten 3 M. wöchentlich als Sicherheit für evtl. Kontraktbruch und Veruntreuung (!) von sonstigen Sachen eingehalten werden. Die Behandlung durch Aufseher bzw. Inspektoren erinnerte daran, daß einige meinen, der Mensch finge erst beim Inspektor an.

Wir meinen, daß diejenigen Stellen, welche Arbeiter nach solchen Domänen und Gütern verlangen, erst dort nach dem Rechten sehen sollen. Der pommerische Landbund hätte hier ein dankenswertes Feld der Betätigung. Schafft erst einigermaßen menschenwürdige Zustände, ehe in verallgemeinernder Weise über die mangelnde Lust zur Landarbeit geschimpft wird. Gewiß sind nicht überall solche Verhältnisse, wie eben geschildert wurde. Man hört aber vielfach berechtigte Klagen. Sind erst bessere Verhältnisse vorhanden, dann wird sich auch die Arbeitsvermittlung erleichtern, und dann kann man auch mit Recht dafür eintreten, daß mehr Arbeit auf dem Lande angenommen wird.

Die Wohnungsnot und ihre Abhilfe durch die Regierung. (Von E. Hartwig, Arbeitersekretär, Bethel.)

Die Kriegerheimstättenherstellung wie die Erbauung von Siedlerheimen überhaupt will trotz der schreienden und brennenden Not nicht zur Tat werden. Das Bauen ist zu teuer. Die Häuser und Häuschen, die hier und da hergestellt werden, entsprechen in Ansehung der Herstellungskosten auch bei Anrechnung der Uebersteuerungsbeiträge durch die Regierung bei weitem nicht den Hoffnungen und Erwartungen, die hinsichtlich Wohnlichkeit, Gesundheit und Rentabilität gehegt wurden. Was fehlt uns jetzt? Was uns jetzt fehlt, ist, daß die Regierung in ein oder zwei Fällen anerkannten Fachleuten auf dem Gebiete des Kleinbauwesens, insbesondere des modernen Flachbaues, ausreichende Mittel (1/2 bis 3/4 Millionen Mark) zur Verfügung stellt, um einmal vor aller Welt im großen durch Errichtung von Musterfiedlungen, etwa nach den Entwürfen und Plänen von Baurat Siebold in Bethel, Lauden von Interessenten, von großen und kleinen Kommunen, den Beweis von der Nützlichkeit und Durchführbarkeit ihrer Bauweisen zu geben. Dadurch würde der Mut zur großzügigen Verwirklichung all der Wünsche und Hoffnungen, die auf dem Lande und in der Stadt von hunderttausenden heimlosen und schollenfremden Frauen und Männern gehegt werden, angefeuert und zur Umsetzung in die Tat veranlaßt.

An die Gesetzgeber im Reichsparlament und in den Staatsparlamenten muß von den Wählern die kategorische Forderung ergehen, daß sie auf die Regierung nach dieser Richtung hin einen Druck ausüben, daß solche Mittel zu dem genannten Zweck bereitgestellt werden. Ehe man sich verheißt, ist die sommerliche Bauzeit vorüber und der Winter wieder da. Das Wohnungsbedürfnis zieht dann in unverminderter Größe wieder durch Dorf und Stadt. Staat und Volk, insbesondere aber die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß endlich in größerer Weise statt Baracken wirkliche Wohn- und Heimstätten errichtet werden.

Der 21. Juli — ein Verbrechen an uns und unsern Kindern.

Mit uns Gewissenlose grenzender Raffinesse versuchten seit den Tagen der deutschen Revolution die Sozialisten in Deutschland ihren Anhängern einzureden, daß die Weltrevolution das vornehmste Ziel des deutschen „Proletariats“ sei und daß damit auch der Friede von Versailles illusorisch gemacht würde. Das deutsche Gesamtvolk hat von diesen schmutzigen Phrasen den schwersten Schaden gehabt. Unsere Feinde verdammten nach solchen Drohungen erst recht den „Besiegten“ zur Knechtschaft. Das Bestreben französischer, russischer und anderer Staaten zu schaffen und das Reich zu zertrümmern, ist jener Gegenschlag der Alliierten auf die Drohung mit der Weltrevolution, und die immer noch strenge Abschneidung des Personenverkehrs ins besetzte Gebiet ist mit die Folge der Phrasenpolitik unserer U. S. P. und K. P. D. Jede dieser Gruppen hat ihr gerüttelt Maß voll Schuld an den harten Maßnahmen der uns die „Siegerbeute“ besorgigen Alliierten.

Wohl nun diese neuen Sterne der Weltpolitik am Horizont unseres gequälten Vaterlandes wuchsen, daß wohl in der neuen Geschichte keine andere Einrichtung in bezug auf Zweck und Ziel kläglicher verjagt hat, als die rote Internationale, so mußte alles geschehen, um dieser Einrichtung wieder auf die Füße zu helfen. Das Proletariat der alliierten Länder kündigt für den 21. Juli den Generalstreik gegen den Deutschland ausgegangenen Frieden an — rede man dem deutschen „Proletariat“ vor. In Wirklichkeit hatten nur gewisse Gruppen in Frankreich und Italien einen Streikbeschluß erlassen. Einmal und einmal wieder von Anfang an von der Sache nichts wissen. Unsere deutschen Unabhängigen und Kommunisten, einschließlich eines Teiles der Reichssozialisten, schwebten schon wieder im Sodagefühl internationaler Verbündung, denn diesmal

sollten es nicht nur papierene Proteste, sondern die Tat des Streikes sein, die den Anfang der Weltrevolution bedeuten sollte. Der 21. Juli kam. Die U. S. P. und K. P. D. streifte an vielen Orten, die L. S. D. protestierte. Und die „Proletariat“ der anderen Länder arbeiteten und kümmerten sich keinen Pfifferling um das — es sei gesagt — unverbesserlich kindliche deutsche „Proletariat“. Die hyperklugen, aufgeklärten Deutschen aller roten Schattierungen erlebten einen Reinsfall, wie ihn selten eine Sache oder Organisation erlebt hat. Das „Weltproletariat“ anderer Länder wird den deutschen sozialistischen Michel in Zukunft nur noch mit der Zipfelmütze sehen. — Diejenigen unter dem roten Dreigestirn, die etwas Sinn für praktische Wirklichkeit gerettet haben, erkannten auch schon, daß die ganze Weltstreitmache eine schmachvolle Komödie war und sprechen das ruhig aus. So schreibt die Frankfurter Volksstimme in Nr. 169 vom 23. Juli, nachdem sie Stein und Bein über die verachtete Aktion gemurmelt hat, am Schluß ihrer Betrachtung: „Das Proletariat Deutschlands auf die baldige Weltrevolution zu vertribsten, ist ein Verbrechen an uns und unsern Kindern.“

In wütendem Geifer rückten sich die Streithähne in den Versammlungen gegenseitig auf den Leib. Die schwersten Kaliber der brüderlichen Schimpfanonen wurden aufgeföhren. In Berlin kam es sogar zu recht ernstlicher Handgreiflichmachung der „Einigkeit“.

Fürwahr: Diese Leute werden unser armes Volk noch vollkommen zum Niederbruch und ins furchtbarste Elend bringen. Wann endlich wird der deutsche Arbeiter diesen schmachvollen Humbug erkennen und die Konsequenzen ziehen?

Es ist keine Autorität mehr da.

In der „Rhein-Westf. Ztg.“ wurde kürzlich die Eingabe eines Hoch- und Tiefbauunternehmers an die Eisenbahndirektion Kassel veröffentlicht. In der Eingabe wird die Eisenbahndirektion ersucht, gegen die unerhörte Lebensmittelschieberei und die dabei zutage tretende Mitwirkung des Eisenbahnpersonals bzw. der Stationsbeamten einzuschreiten. Die Schilderungen in der Eingabe, für deren Richtigkeit die Verantwortung dem Einsender allerdinge überlassen bleiben muß, ebenso die Antwort der Eisenbahndirektion, sind außerordentlich bezeichnend.

In der Eingabe heißt es u. a.:

„Bei meinen Reisen zum Einkauf von Rohmaterialien für Fabrikenahre ich öfter die Strecke Hagen—Arnsberg—Cassel. Am 13. Mai fuhr ich abends 7.55 Uhr ab Cassel. In Lamerden standen die ersten 30 Zentner Kartoffeln. Besonders schlimm sah es auf den Stationen Warburg, Scherfede, Marsberg, Drilon-Wald aus. Ab dieser letzten Station mußte auch ich meinen Widerstand ausgeben und wurde auch mein Anteil mit 20 Zentner Kartoffeln und drei weiteren Reisenden belegt. Am Umladebahnhof Hagen besah ich das Ergebnis. Es waren mit dem Zuge befordert 2500 Zentner Kartoffeln auf 300 Kesseln. Ich bin Fachmann und schäpe richtig, habe früher als Angestellter auch einmal Kartoffeln gehandelt. 300 Zentner übrigen Gepäcks, 2 Waggons Reisefürbe, zweifellos fast alles Kontrebande. Ein Anteil dritter Klasse wurde in Drilon-Wald mit 40 Zentner Fracht und zwei Reisenden belegt. Hagen ist Umladebahnhof. 100 Zentner gingen nach Dortmund, alles andere 5.01 Uhr morgens ab Hagen nach Barmen, Elberfeld-Düsseldorf. Von Barmen und Elberfeld wurde es mir gesagt, von Düsseldorf weiß ich, daß die Massengüter mit dem Dreiradwagen unter Benutzung des Aufzuges in den Gepäckraum befördert und dort herausgegeben werden. In Lamerden sah ich die Eisenbahner einladen helfen. Ein Fahrbeamter Cassel-Hagen erklärte mir, das Zugpersonal ist machtlos, da die Stationsbeamten alles durchlassen. Er habe elf Tage infolge einer Verletzung durch einen Hamsterer gefeiert und tue erst wieder den ersten Tag Dienst. Er zeigte mir einen Dolch als Selbstschuttmittel. 80 Prozent Reisende 3. Klasse hätten Karten 4. Klasse. Der Schaffner Nr. 125 des Zuges Hagen—Düsseldorf 5.01 Uhr, morgens 14. Mai, wurde von mir aufgeföhrt, die Wagen 3. Klasse zu kontrollieren. Er sagte mir: „Wollen Sie eine Tracht Prügel haben.“ Ich habe mit sehr vielen Hamstereen gesprochen. Sie erzählten: „Wir haben bei unseren Bauern 100—200 Zentner Kartoffeln, erhalten in der Stadt von Restaurants und Privaten 120 M. den Zentner, fahren dreimal in der Woche, verbienen auf jeder Tour 500—800 M. Die Eisenbahner machen für Geld alles, wir haben mehr Geld wie die Eisenbahnverwaltung. Wir beziehen nebenher Arbeitslosenunterstützung; für uns stempeln „Bekannt“. Es sind fast nur junge Leute von 17—25 Jahren, Barmen, Elberfelder, Düsseldorf Leute, die während des Krieges nur gehoben haben, die Schreier des Spartakus, Leute, die 100000 bis 250000 M. Vermögen haben, leicht verdient in wenigen Monaten, fast alle bewaffnet, brutal bis zum Außersten. Das war ein Zug, aber der Vorzug hatte schon mitgenommen was ging. Jeden Tag daselbe Bild; bitte, meine Herren, fahren Sie unerkannt mit. Vor einigen Wochen fuhr mit mir ab Warstein ein Hamsterer mit einem Soldaten und einem Jungen mit acht Zentner Speck und Wurst. Tagesverdienst 8000 M., davon 1000 M. an Bahnbeamte. Am 16. Mai sagte mir ein Holzhändler in Alme, der Stationsvorsteher in Ringelheim habe 100000 M. durch Beförderung von Waggons mit Mehl u. s. verdient.“

Mag sein, daß die Eingabe übertreibt; daß jedoch vieles hängen bleibt, beweist die Antwort der Eisenbahndirektion Kassel, welche folgendermaßen lautet:

„Die von Ihnen geschilderten Zustände sind uns aus eigener Anschauung bekannt. Wir sind jedoch nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen, da bei der allgemeinen Untergrabung der Staatsautorität uns jedes Recht mittel zum Einschreiten fehlt.“

Ja, die Autorität fehlt! Fehlt an allen Ecken und Ranten. Man hat sie zertrümmert, und den Schaden hat die Allgemeinheit. Wenn wir auch der früheren Ueberpannung nicht das Wort reden wollen, so beweisen die heutigen Zustände doch, daß es ohne Autorität nicht geht, denn die Menschen sind keine Engel. Heute noch viel weniger wie früher.

Sätze nur für einige Wochen auszahlen zu müssen. Und dabei macht man die Erfahrung, daß sehr viele Mitglieder sich wegen der Unterbringungseinrichtungen hauptsächlich der Organisation angeschlossen haben. Das Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bekommen, kommt vielfach erst an zweiter Stelle in Frage. Daß die meisten Mitglieder nur den Pflichtbeitrag zahlen, wird auch bei Regelung der Beitragsätze nach Stundenlöhnen nicht verschwinden, wenn nicht von Seiten der Ortsgruppenvorstände in Versammlungen, sowie seitens der Vertrauensleute beim Bedienen der Mitglieder auf die Zweckmäßigkeit und Vorteile, die die Zahlung eines höheren Beitrages hat, bei jeder Gelegenheit hingewiesen wird.

Daß bei einem Lokalbeitrag von 10 Pfg. eine größere Ortsgruppe nicht bestehen kann, ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß z. B. unsere Ortsgruppe allein an das Ortsstellat 15 Pfg. pro Kopf und Mitglied pro Vierteljahr, an die Mietervereinigung 10 Pfg. pro Kopf und Mitglied pro Jahr, sowie an andere, zum Wohle der Mitglieder eingeführte Einrichtungen zu zahlen hat. Mit ihm bleibt bei einem Beitrag von 10 Pfg. für die Verwaltung und Geschäftsführung der Ortsgruppe nur noch ein kleiner Bruchteil übrig.

Durch den erfreulichen Aufschwung, den unsere Ortsgruppe genommen hat, sah sich der Vorstand gezwungen, um die Mitglieder regelrecht bedienen zu können, zwei Kollegen als Hausstärker anzustellen, und um diesen Kollegen wenigstens in etwa eine angemessene Vergütung für ihr beschwerliches Amt geben zu können, den Lokalbeitrag von 10 Pfg. auf 20 Pfg. vom 1. Mai ab zu erhöhen.

Ich muß mich auf den Standpunkt stellen, daß auch für die Zukunft den Ortsgruppen ein Zuschlag von 20 Pfg. gewährt werden muß, wenn diese die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen sollen.

Bezüglich der Neuregelung der Unterstüßungsätze würde ich den Vorschlag machen, bei Krankheiten bis zu 26 Wochen, bei Erwerbslosigkeit bis zu 13 Wochen die Unterstüßungsdauer auszudehnen, und ebenso die Sätze für die sonstigen Unterstüßungen den Zeitverhältnissen entsprechend höher zu setzen, und diese Änderungen möglichst bald in Kraft treten zu lassen.

Johann Neujean, Nachen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Buchan a. Federsee (Wtbg.). In unserer gutbesuchten Versammlung, die am Sonntag, den 27. Juli, im „Adler“ stattfand, wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, die Mitgliederbeiträge entsprechend den heutigen Verhältnissen um 20 Pfg. für Mitglieder und Woche zu erhöhen. Kollege Kümmele (Ulm) gab einen Schriftwechsel, den er mit den beiden hiesigen Firmen über die Einführung des neuen Tarifvertrages führte, bekannt. Da die Firma Kopp u. Siegel den neuen Tariflohn bis jetzt noch nicht bezahlt, soll die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß zur Erledigung übergeben werden. Nachdem noch eine Anzahl anderer Fragen, wie Bezirkskonferenz, Betriebsratfrage usw. behandelt waren, wurde in der Kollegin Bohnenstengel einstimmig eine neue Schriftführerin gewählt.

Burladungen (Hohenzollern). Hier fand am Samstag, den 19. Juli, eine Versammlung der hiesigen Arbeiterschaft statt, die trotz gegenteiliger Befürchtungen einen so guten Besuch aufwies, daß das Lokal zu klein war. Referent Gausleiter Mayer aus Bollershausen sprach über die Notwendigkeit der Organisation in der heutigen Zeit. Er streifte auch die besonderen hiesigen Verhältnisse und ermahnte die Anwesenden zum Eintritt in den christlichen Textilarbeiterverband. Einigen der größte Teil der Arbeiter hier noch arbeitslos ist, erklärten doch 20 Anwesende ihren Beitritt zum Verbande und weitere werden noch folgen. Der jungen Ortsgruppe wünschen wir Wachstum, Blühen und Gedeihen zum Besten der gesamten Arbeiterschaft.

Deggingen (Wtbg.). Ueber den mit dem Bäcker- und Schützerverband abgeschlossenen Lohnvertrag und über die mit dem Firmen Beder u. Schürm und Hagen u. Schwarz deswegen geschiedenen Verhandlungen erstattete Sekretär D. Kümmele (Ulm) in einer überfüllten Versammlung am 23. Juli Bericht. Die Ausführungen und Mitteilungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Es wurde beschlossen, ab 1. August eine höhere Beitragsklasse einzuführen. Als Gast konnten wir in der Versammlung den Herrn Bürgermeister begrüßen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Appell zur Werbung neuer Mitglieder vom Kollegen Deppert geschlossen.

Forst. Eine außerordentliche Generalversammlung hielt unsere Ortsgruppe am 22. Juli ab, die jedoch besser hätte besetzt sein können. Wenn auch das schöne Wetter ins Freie lockt und die Mitarbeiter eine angenehme Abwechslung in unsern einseitigen Speisezetteln bringen, so muß man als Gewerkschaftler doch davon durchdrungen sein, daß, wenn der Vorstand ruft, man diesem Ruf Folge leisten soll. Aus dem Rapportbericht ist zu entnehmen, daß wir auch im letzten Quartal, was die Mitgliederzahl sowohl als auch die Einnahmen betrifft, einen erheblichen Aufschwung zu verzeichnen haben. Aufschluß über den Rapportbericht sprach der Kollege Fäßbender in längeren Ausführungen über die bevorstehende Verbandsgeneralversammlung und die nunmehr zu erfolgende Wahl eines Delegierten. Darauf hielt Kollege Hoch einen Vortrag über die Bedeutung der Bodenreform. An diese Ausführungen schloß sich eine lebhafte Diskussion an, die noch manches interessante Bild über die Arbeiterwohnungen zulage forderte. Es wurde besonders betont, daß der Bau von Einfamilienhäusern seitens der Stadt gefördert werden müßte, um das Bestreben der Arbeiterschaft, sich ein eigenes Heim zu gründen, nach Kräften zu unterstützen. Nachdem unter Punkt „Berichtbezug“ noch mehrere Sachen zur Sprache gebracht und Kollege Fäßbender beantragt worden war, daß Wünsche an geeigneter Stelle zu vertreten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, bei der nächsten Versammlung vollständig zu erscheinen und in der Werbegastration für unsere Verband nicht nachzulassen.

Hohenzollern. Die am Sonntag, den 20. Juli, stattgehabene Versammlung war zahlreich besetzt. Gausleiter Mayer aus Bollershausen berichtete in einer dem öffentlichen Beifall unterbreiteten Rede von Anwesenden die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen

zu führen. Dem christlich-sozialen Textilarbeiterverband trat sofort 26 Mitglieder bei. Ein schöner Anfang, wenn man bedenkt, daß auch hier noch viele Arbeitslose vorhanden sind. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, bald wieder eine Versammlung abzuhalten. Möge auch diese neue Ortsgruppe sich entwickeln zu einem kräftigen Gliede im christlich-sozialen Textilarbeiterverband Deutschlands.

Kaiserlautern. Die hiesige Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes steht in einer gesunden Aufwärtsentwicklung; selten wird sich wohl eine Ortsgruppe so entwickelt haben wie die hiesige. Dank vor allem dem Gewerkschaftssekretär Blas vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter, der die Führung der Organisation übernahm. Tag und Nacht war der „alte Platz“ unablässig bemüht, unsere Zahlstelle auf die Höhe zu bringen, sodaß wir jetzt in der Pfalz an erster Stelle stehen. In Aufklärung ließ es der Kollege Blas nicht fehlen. Es folgte Versammlung auf Versammlung. Bepfändung auf Bepfändung, und jetzt haben wir einen Erfolg errungen, um den wir von allen Seiten beneidet werden. Bei der Kammerpinnerei in Kaiserlautern haben wir, vereint mit den Freien und Jülich-Dunerschen, eine Lohnbewegung durchgeführt, mit einem Resultat durch Abschluß eines Tarifvertrages auf fester Grundlage. Dem Kollegen Blas danken wir für seine Arbeit besonders.

Raer bei Münster. Im Verbande ein herzlich willkommen! Nachdem vor acht Tagen bereits eine Vorstanderversammlung stattgefunden, in der ebenfalls Kollege Artkötter-Rheine gebrochen und eine große Anzahl Aufnahmen erzielt, fand am 26. Juli die eigentliche Gründungsversammlung der Ortsgruppe statt. Dieselbe hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Kollege Artkötter-Rheine sprach zunächst über die Wichtigkeit der Vorstandswahl und die Aufgaben der einzelnen Vorstandsmitglieder. Aus der Vorstandswahl gingen als gewählt hervor: als Vorsitzender der Kollege Anton Krabbe, als Kassierer Kollege Bernhard Brinks, als Schriftführer Hubert Stening und als Beisitzer der Kollege Bernhard Bugge, sowie die Kollegin Clara Blanke. Nachdem dann der Kollege Artkötter über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen gesprochen und den Tarif für die Strumpfstricker erklärt, sowie eine Anzahl neuer Aufnahmen gemacht, fand unter Anspornung zu einer regen Werbetätigkeit für unsern Verband die Versammlung ihr Ende.

Langerfeld i. W. Unserer am 26. Juli abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wäre ein stärkerer Besuch zu wünschen gewesen. Neu in den Vorstand gewählt wurden die Kolleginnen Anna Kleeß und Clara Paulus. Als Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung wurde Kollege Rehrmann und als Ersatzmann Kollege Novatny gewählt. Der Verbandsgeneralversammlung sollen zwei Anträge unterbreitet werden, denen die Versammlung zustimmte. Dann hielt Kollege D. Böhnenstengel einen Vortrag über das „Räteystem“. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen, besonders im Hinblick auf die kommenden „Betriebsräte“. Der Vorsitzende dankte in aller Namen für die trefflichen Ausführungen und ermahnte alle Mitglieder, im Sinne des Referenten für den christlichen Sozialismus zu wirken und bei jeder Gelegenheit Farbe zu bekennen. — Am 31. August soll ein Gewerkschaftsfest stattfinden. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Vorbereitungen in Verbindung mit dem Vorstand erledigen soll. — Der Vorsitzende, Kollege Rehrmann, berichtete noch kurz über die Bezirkskonferenz in Hagen und legte unsere Stellung zum hiesigen „Aktionsauschuß“ dar. Nach reger Ansprache wurde die Versammlung mit der Bitte um treue Mitarbeit für den Verband geschlossen.

Lobberich. Nachdem eine lange Regenperiode jeden Naturfreund zurückgehalten hatte, sich in Gottes freier Natur zu ergehen, hatten wir heute mal wieder einen heißen Sommertag. Der Abend brachte einige Kühlung. Da zog es denn auch manchen Arbeitsmann, der die ganze Woche in der hiesigen Fabrik zugebracht, hinaus ins Freie, um sich zu entschlacken, für den lang entbehrten Genuß der frischen Sommerluft. Aber eine ganze Anzahl Kollegen und Kolleginnen, die auch in denselben Fabrikräumen die ganze Woche geschäftig hatten, hielten es doch für wichtiger und notwendiger, der Einladung des Vorstandes zur Mitgliederversammlung Folge zu leisten. Einsichtige, überzeugte Gewerkschaftler wissen eben, daß heute der Arbeiterstand eine gemaltige Nacht darstellt und somit auch eine große Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit hat, die den einzelnen Arbeiter zwingt, sich geistig zu schulen und im Dienste seiner Bewegung tätig zu sein. Denn nur so kann die christlich-nationale Arbeiterbewegung ihre große Kulturmission erfüllen. Daß es da gerade auf jeden Einzelnen ankommt und daß da jeder Einzelne mithelfen soll, muß mehr wie bisher von jedem organisierten Arbeiter eingesehen werden. Erst dann ist es möglich, allen Anforderungen, welche an die Bewegung gestellt werden, gerecht zu werden. So hatte denn der Vorstand die Erwartungen für den Besuch der Mitgliederversammlung, angelehnt an die wichtigsten Tagesordnungspunkte, höher gestellt, wie sie in Wirklichkeit waren. Trotzdem kann der Verlauf der Versammlung voll und ganz befriedigen. Vom Vorsitzenden Kollegen Neßien wurde dieselbe eröffnet. Der erste Punkt der Tagesordnung, „Quartalsbericht“ zeigte, daß die Ortsgruppe im verfloßenen Quartal eine schöne Aufwärtsentwicklung genommen hat. Stieg doch die Mitgliederzahl um 135. Ebenso steigerte sich auch die Einnahme ganz bedeutend. Unter Punkt zwei „Ergänzung des Vorstandes“ wurden die Kolleginnen Agnes Kamphaus, Wilhelmine Kappes und Agnes Birtz einstimmig gewählt. Zu Punkt drei „Beitragsreform“ referierte der Kollege Wilms. Er zeigte den Anwesenden in überzeugender Weise die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge sowohl für die Zentralkasse, wie auch für die Ortsgruppenkasse. In der anschließenden Diskussion kam der einstimmige Wunsch zum Ausdruck, die Beitragsreform einheitlich zu realisieren durch Erhöhung der Pflichtbeiträge. Um die Ortsgruppenkasse leistungsfähig zu erhalten, wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Oktober einen Lokalzuschlag von 20 Pfennigen die Woche zu erheben. Unter Punkt „Berichtbezug“ hob der Vorsitzende noch hervor, daß an die Gemeindevorwaltung zwei Anträge gestellt seien; der eine sieht eine Ermäßigung der Kommunalsteuer auf Grund des Rotgesetzes vom 4. Juni d. J. vor, der andere will die vorgelegene Erhöhung der Meldepreise auf den Etat der Gemeinde übernommen wissen. Der Kollege Wilms gab dann noch einen Bericht über die mit den hiesigen Firmen gepflogenen Verhandlungen, woran sich eine angeregte Ansprache anschloß. Mit Worten der Ermunterung zu weiterer praktischer Gewerkschaftsarbeit schloß dann der Vorsitzende die Versammlung.

Schießbahn. Am Sonntag, 10. August, fand bei 5. Uhr die Generalversammlung der Ortsgruppe, die angelehnt an die hiesigen Arbeiter, welche mit dem Jung ins Freie lockt, immerhin noch leidlichen Besuch aufwies. Einleitend begrüßte der Vorsitzende, Kollege Jppers, die Erbschienen, besonders den Redner des Abends, Kollegen Marquardt, sowie die aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder, dem wir eine ganze Woche ihre Pflicht darin gesehen hatte, dem Ruf des Vorstandes

Folge zu leisten. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde vom Kassierer der Geschäftsbericht erstattet, welcher in kurzen Zügen die Zeit seit 1914 umfaßte. Eine nachfolgende Besprechung betraf die Neubildung einer Betriebsagitationskommission, wie selbe schon vor dem Kriege bestanden, zeitigte eine lebhafte Aussprache, in welcher allerorts der energische Wille durchklang, jedes erlaubte Mittel zur Stärkung unserer Reihen anzuwenden. Vom Vorstand soll ein bestimmter Arbeitsplan für die Agitationskommission aufgestellt und diese dann in der nächsten Versammlung endgültig gewählt werden. Nichtsnutzige Äußerungen und Verdächtigungen, die von einigen wenigen Unorganisierten unseren werbenden Kollegen ins Gesicht geschleudert wurden, wurden scharf gezeigelt, und war man sich einig darin, daß endlich den Unorganisierten gegenüber ein weniger rücksichtsvolles Vorgehen sehr zu empfehlen sei. Nach getätigter Vorstandswahl gaben die Kollegen Marquardt und Jppers nähere Erklärungen betreffs der in Kürze stattfindenden Verbandsgeneralversammlung und der Vertreterwahl hierzu. Anschließend ernannte man sich in geheimer Wahl einstimmig auf die von der Bezirkskonferenz aufgestellten Kandidaten. In nachfolgenden Referate stigierte Kollege Marquardt die Stellung unserer Gewerkschaft vor dem Kriege und jetzt. Durch die hinter uns liegenden Ereignisse von manchen Fesseln befreit, habe unser Verband einen gewaltigen Aufstieg und Bestand in Hand mit den anderen Verbänden arbeitend, die bekannten recht bedeutenden Erfolge für die Arbeiterschaft erringen können. Monate harter Arbeit und Sorgen liegen hinter uns. Recht vieles wäre erreicht, aber noch vieles müßte im Rahmen der jeweiligen Verhältnisse erkämpft werden. Zum Schluß betonte Redner die Notwendigkeit weiterer intensiver Agitationsarbeit, um das Ertrungene zu festigen und neue Erfolge zu sichern. Kein selbstgeälliges Ausruhen nach diesen Erfolgen wäre am Plage. Streben und werden müsse Parole bleiben, bis der letzte Unorganisierte zu uns gehöre. Angesichts der heutigen Stellung der Gewerkschaften sind wir aber auch nicht mehr gewillt, mit verhaltenem Grimm wie früher, ruhig zuzusehen, wie sich die Unorganisierten mit dem von der Gewerkschaft in mäßiger Arbeit Ertrungenen die Taschen füllen, ohne die für sie hieraus erwachsende Verpflichtung anzuerkennen. Aus der Versammlung heraus wurde dann mehrfach die Forderung erhoben, dahin zu wirken, daß die erhöhten Löhne nur für organisierte Arbeiter gezahlt würden. Mit dem Hinweis darauf, daß von jetzt ab jeden dritten Sonntag im Monat eine Versammlung bei Kaiser stattfindet, schloß Kollege Jppers die Versammlung.

Sterbefaßel.

Max Wonneberger-Soran; Amalie Schulten-Haan; Maria Siegel-Wy; Josef Farber-Eustirchen; Frau Rohl-Bären; Frau Helene Wappler-Glauchau; Katharina Ochs-Speffart; Wilhelm Vogt-Maulburg; Mathias Dewitt-Breyell; Johann Obichruff-Breyell; Leonhard Rauchmüller-Dülten; Gabriel Wilms-Bierlein; Wilhelm Schlippe-Bierlein; Peter Jakob Rix-Bintrath; Gustav Meyer-Glauchau; Theodor Maas-Bucholt; Heinrich Kolben-Haan; Hermann Kampher-Gütersloh; Peter Dreuer-Eustirchen; Antonie Lüttmann-Rheine; Hermine Seggers-Borghorst; Hermann Koch-Eustirchen; Johann Hebing-Bocholt; Maria Merkle-Stuttgart; Maria Weber-Schöna; Maria Rohl-Neufeldt; Anna Luise Krumsdorf-Plauen; Frau Victoria Brender-Kollnau; Wilhelm Kappel-Bocholt; Emil Weber-Speffart; Joh. Westrup-Greven; Gertrud Buchta-Glauchau; Anna Feidler-Soran; Wilhelmine Zerwege-Bocholt; Maria Weidemann-Bocholt; Maria Weber-Schöna; Johann Bergmann-Blumberg; Hermann Nottelmann-Jollenbeck; Wilhelm Koll-Jollenbeck; Heinrich Klein-Wiele-Bocholt; Zaver Fröhlich-Wingsburg-Berjee; Georg Sturm-Heidenheim; Maria Walliser-Zell; Gustav Spies-Daxmen; Wilhelm Hellebrand-Baals; Eduard Bwid-Kollerts-Hausen.

Ehre ihrem Andenken!

Lokalbeamte gesucht.

Für das Gebiet Emsdetten und Umgegend (Münsterland) wird mit dem Sitz in Rheine oder Emsdetten ein Lokalbeamter gesucht.

Ferner ist ein Lokalbeamter für das Eichsfeld (Bezirk Hannover), dessen Sitz voraussichtlich Schwelge sein wird, erforderlich.

Kollegen, welche die notwendigen organisatorischen, rednerischen und schriftlichen Fähigkeiten besitzen, wollen unter Angabe der Dauer der Verbandszugehörigkeit und der Beitragsklasse ihre Bewerbung an den Zentralvorstand Düsseldorf 56, Konfordiastraße 7, einreichen. Beizufügen ist ein kurzer, selbstgeschriebener Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Butsche und wilde Streiks verstoßen gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze. — Die Verbandsgeneralversammlung des deutschen Textilarbeiterverbandes. — Allgemeine Rundschau: Zustände auf landwirtschaftlichen Domänen. (Ein Beitrag zur Arbeitsvermittlung auf dem Lande). — Die Wohnungsnot und ihre Abhilfe durch die Regierung. (Von E. Hartwig, Arbeitersekretär, Bethel). — Der 21. Juli — ein Verbrechen an uns und unsern Kindern. — Es ist keine Autorität mehr da. — Gegen persönliche Verdächtigungen — Sitz Berlin-Methden. — Was unserer Zukunft: 41 Millionen Meter Bekleidungsstoffe. — Anträge auf schnelleren Abbau der Zwangsarbeit. — Verhandlungen der deutschen Flachseinfuhrhäuser und der deutschen Leinenindustrie mit Rußland? — Aus der internationalen Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Anrecht stehen und für seine Überzeugung kämpfen. — Der Demobilisierungsausschuß in Augsburg gegen den Terror. — Die Ferienfrage für Textilarbeiter. — Ferien für Textilarbeiter. — Gau Württemberg. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Buchan a. Federsee (Wtbg.). — Burladungen (Hohenzollern). — Deggingen (Wtbg.). — Forst. — Gauslingen (Hohenzollern). — Kaiserlautern. — Raer bei Münster. — Langerfeld i. W. — Lobberich. — Schießbahn. — Sterbefaßel. — Lokalbeamte gesucht.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Raerfeld.